Prioritäten

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **58 (1964)**

Heft 1

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-140860

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

bin so optimistisch zu glauben, daß dies innerhalb von zehn Jahren geschehen kann. Immerhin werden auch dann noch viele Probleme bleiben. Es wird auch dann noch feindliche Einstellung gegen die Schwarzen geben, solange nicht *Vollbeschäftigung* besteht, eine sehr wichtige Voraussetzung wenn *rechtliche Gleichstellung* im Alltag von Bedeutung sein soll.»

«Dazu kommt die Tatsache, daß der Neger auf Grund seiner Geschichte in vielen Dingen weniger tüchtig ist. Vielleicht die Hälfte aller erwachsenen Neger sind, praktisch gesprochen, Analphabeten gleichzustellen.»

«Ich bin jedoch nicht für eine Vorzugsbehandlung der Neger und will versuchen dies zu begründen. Einmal glaube ich nicht, daß es, politisch gesprochen, eine weise Maßnahme wäre. Niemand in diesem Saal fühlt sich verantwortlich für den Import von Negersklaven. Das Argument, daß wir da eine Schuld haben, wirkt sich politisch nicht aus. Wir sind verantwortlich für die Gesellschaft wie sie heute ist und nicht für die ganze Geschichte.»

«Doch ganz abgesehen davon, würde ich es für falsch halten, denn die Neger sind zwar vielleicht der größte Teil der unterprivilegierten Klasse (underclass) in Amerika, aber sie sind darin beileibe nicht allein. Es gibt arme Weiße, wohin man blickt — es gibt Puertorikaner, Mexikaner oder landwirtschaftliche Arbeiter an unzähligen Orten. Es wäre ganz ungerecht, eine Gruppe vorzuziehen, selbst wenn es die größte Gruppe ist. Was ihr tun müßt, ist dies: das Leben für alle diese Unterprivilegierten anständig und fruchtbringend gestalten. Ich finde es wäre sehr unfair und gegen amerikanische Grundsätze, irgendeine Gruppe ihrer Hautfarbe wegen, vorzuziehen. Es wäre fast so schlimm, wie das Gegenteil.»

Unfreiwilliger Humor in Amerika

An der Jahresversammlung des amerikanischen Industriellenverbandes erklärte Mr. Rubel (Generaldirektor der Union Oil Company): «Das Wort ‚Profit' sollte solch geheiligten Begriffen wie ‚Heim' und ‚Mutter' und ‚Sternenbanner' gleichwertig an die Seite gestellt werden.»

«New York Times», 5. Dezember, 1963

Prioritäten

Die Engländer brauchen ein gutes Sprichwort, wenn entschieden werden soll, welche Arbeit im privaten oder öffentlichen Bereich zuerst angepackt werden soll. Es heißt: «First things first», und bedeutet,

daß das wichtigste oder dringendste Anliegen gegenüber weniger wichtigen Aufgaben den Vorrang hat.

Wir werden heute auf Schritt und Tritt daran erinnert, daß bei uns dieser Vorrang des Dringendsten mißachtet wird. Des Notwendigen sogar, vom Standpunkt des Volkswohls gesehen, und was für ein anderes Kriterium soll für die Arbeit der Behörden aller Stufen maßgebend sein als das physische und geistige Wohl des Volkes?

Was ist nun die Sachlage heute? Wir wissen, daß astronomische Summen in den Bau von Autobahnen gesteckt werden. Daß die Zahl von 7 Milliarden, die anfänglich in Aussicht genommen wurde, bald einmal die doppelte Höhe erreichen wird, liegt in der Natur solcher Unternehmungen. Die Vergötzung des Autos und alles was damit zusammenhängt, erheischt übrigens noch viele andere Opfer ideeller Art. Sie soll hier nur als Beispiel erwähnt werden, um zu zeigen, daß man eine Einrichtung wie den Automobilverkehr, aus einer sachlich zu begründenden Notwendigkeit zu einer Lebensfrage des Schweizervolkes emporpropagieren will. Lebenswichtig soll also für uns sein, daß Automobilisten, besonders des Auslandes, in absehbarer Zeit die Schweiz im Rekordtempo durchrasen können, ohne etwas anderes als das Instrumentenbrett ihres Wagens und das endlose Band der Straße zu sehen, und daß dafür tausende von Hektaren gutes Land und die natürliche Schönheit von Tälern, Höhen und Wäldern geopfert wird. Es wäre wirklich interessant, von berufener Seite zu erfahren, wozu sonst eine solche Politik dienen kann, als einen Typus von Menschen anzulocken, der uns selbst vom Standpunkt der Hotellerie gesehen ganz und gar nicht zusagt.

Einer so künstlich geschaffenen und hochgespielten Förderung nach Autobahnen und deren Ausführung steht gegenüber, was man als Kampf gegen die Verschmutzung unserer Lebenselemente, Luft und Wasser, bezeichnen kann. Die Schweizer beginnen, besonders nach den Vorfällen in Zermatt, der Gefahren, die ihnen von dieser Seite drohen, langsam bewußt zu werden. Sehr langsam, wenn man die Beträge sieht, die die einzelnen Landesteile (der Gewässerschutz untersteht den Kantonen) für die Reinhaltung oder die Säuberung der Flußläufe und Seen und den Schutz der Grundwasserströme bereitzustellen gewillt sind. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß die fieberhafte Expansion unserer industriellen und gewerblichen Unternehmungen noch längst nicht abgeklungen ist und — trotz Konjunkturdämpfung — weiterhin hunderte neuer Betriebe eröffnet werden, so muß man sich schon fragen, wie bald eine Katastrophe eintritt. Die ältere Generation unter unsern «Neue Wege»-Freunden kann sich noch an saubere Gewässer mit Forellen und allerlei anderen Wassertieren erinnern; wie es heute damit steht, berichten die Zeitungen jedem, der gewillt ist davon Notiz zu nehmen. Wir waren im Herbst 1962 am Ufer des Ganges und kamen uns als Schweizer recht fort-

schrittlich vor angesichts des Mangels an Hygiene bei den Indern, die am Ufer badeten, ihre rituellen Waschungen vornahmen und den Mund mit Gangeswasser spülten, während 50 Meter davon menschliche Leichen den Strom hinabtrieben. Heute lesen wir einen Alarmruf unserer Greifensee-Anwohner, die feststellen, daß im Schilf jenes Sees Tierkadaver verwesen, während ebenfalls einige 50 Meter davon entfernt, Kinder und Erwachsene ahnungslos Badefreuden genießen.

Was macht den Kampf um die Säuberung unserer Flüsse und Seen — die letzteren unsere größten Trinkwasserreservoirs — so schwierig? Es hält schwer — wie auch der bestbekannte Fachmann für Gewässerschutz, Professor Jaag, an einer Diskussion zugab — das Recht der Bevölkerung auf reines Wasser und unverdorbene Luft gegenüber den geschäftlichen Interessen gewerblicher und industrieller Betriebe zu verfechten, weil unsere Gesetzgebung, besonders was den Wasserschutz betrifft, der heutigen Lage noch nicht gewachsen ist. Der Industrielle beruft sich nun einmal auf die Gewerbefreiheit, und Gerichtsfälle in verschiedenen Teilen unseres Landes zeigen, daß seine Freiheit durchaus nicht immer dort ihre Grenze findet, wo sie andern Schaden zufügt. Selbst in den Fällen, wo der ursächliche Zusammenhang zwischen gewerblicher Tätigkeit und Schadenwirkung klar erwiesen ist, wurden und werden noch Bußen ausgefällt, die für den Schädiger manchmal direkt eine Ermutigung darstellen, auf jeden Fall aber nicht abschreckend wirken. Man mag sich fragen, warum diesen unhaltbaren Zuständen nicht baldigst ein Ende gemacht wird.

Wir müssen uns bewußt werden, daß wir es hier mit der Kehrseite unserer demokratischen Freiheit zu tun haben. Es ist leider nicht damit getan, daß sich der Einzelne gegen die Schädigung öffentlicher Interessen einsetzt, wie groß auch seine Überzeugungskraft und wie eindrücklich sein Beweismaterial sein mögen. Gegen die Verflechtung und das Schwergewicht wirtschaftlicher Interessen mit ihren Möglichkeiten der Meinungsbeeinflussung durch Presse und Radio anzukämpfen, ist heute äußerst schwierig. Man wird nächstens am Beispiel der Fernsehpropaganda für Alkohol, Tabak und den Verkauf gesundheitsgefährdender Drogen feststellen können, daß die wirtschaftliche Macht auch gegen den Rat der Einsichtigen den Ausschlag gibt.

Gesagt werden muß aber, daß eine freiheitliche Ordnung, die mit Mißständen, wie wir sie geschildert haben, nicht fertig wird, die Bezeichnung «freiheitlich» zu Unrecht beansprucht. Diese Auszeichnung verdient doch wohl nur ein Gemeinwesen, in dessen Rangordnung die Gesundheit der Bevölkerung und die ungefährdete Entwicklung der Kinder den unbedingten Vorrang hat vor den geschäftlichen Interessen einzelner und gewisser Erwerbsgruppen. Die Zeit ist wohl nicht mehr fern, wo die Priorität des Gesundheitsschutzes durch Katastrophen erzwungen werden wird.

Red.